

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 01.10.2007

Niederschrift

zur 11. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf

am Dienstag, dem 25.09.2007,

im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle, Untergasse 34, 35398
Gießen-Allendorf.

Sitzungsdauer: 20:00 - 22:19 Uhr

Anwesend:

Teilnehmer/-innen:

Herr Thomas Euler	SPD
Herr Tobias Blöcher	SPD
Herr Hans Wagner	SPD
Herr Jörg Schreiber	CDU
Herr Manfred Becker	FW
Herr Hans Heller	FW

Ortsvorsteher

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(ab 20:52 Uhr)
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat	

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler	(ab 20:28 Uhr)
---------------------	----------------

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode	Schritfführerin
----------------------	-----------------

Entschuldigt:

Frau Ellen Volk	SPD
Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch	CDU
Herr Gerhard Greilich	Bündnis 90/Die Grünen

Ortsvorsteher Euler eröffnet die 11. Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Ortsvorsteher Euler schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 - *Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte*; **hier: Schreiben des Magistrats vom 26.07.2007** - in der Beratung an das Ende der Tagesordnung zu setzen; vor den Tagesordnungspunkt *Mitteilungen und Anfragen*. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weiter schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 10 - *Stellungnahme zum geplanten Schnellstraßenanschluss an die Bundesstraße B 49, Antrag des Ortsvorstehers vom 02.09.2007* - direkt im Anschluss an TOP 7 zu behandeln, da es sich in beiden Fällen um Anträge von ihm handeln und er zwecks Begründung den Vorsitz an seinen Stellvertreter abgeben werde. Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt Vorsitzender fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ortsbeirates am 03.07.2007
3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
4. Aussprache über die erfolgte Baustellenbesichtigung
5. Geplante Sanierung Obergasse OBR/1218/2007
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FW vom 14.08.2007 und Schreiben des Magistrats vom 20.06.2007 zum Beschluss des Ortsbeirates vom 20.03.2007 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2007 -
6. Einbau einer Heizung im Mehrzweckgebäude OBR/1219/2007
- Antrag des Ortsvorstehers vom 17.08.2007 -
7. Stellungnahme zum geplanten Schnellstraßenanschluss an die Bundesstraße B 49 OBR/1222/2007
- Antrag des Ortsvorstehers vom 02.09.2007 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 8. | Bepflanzung der kleinen Grünanlage Ecke Kleinlindener Straße/Ehrsamer Weg
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2007 - | OBR/1220/2007 |
| 9. | Ersatz der restlichen Bodendecker am Parkplatz der Mehrzweckhalle durch Rasenflächen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2007 - | OBR/1221/2007 |
| 10. | Beibehaltung Schieber am Wasserdurchlass des Hochwasserdammes
- Antrag der FW-Fraktion vom 11.09.2007 - | OBR/1227/2007 |
| 11. | Prüfung einer besser an den Bedarf angepassten Bereitstellung von Beförderungskapazitäten im Stadtbusverkehr der Linie 1
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2007 - | OBR/1228/2007 |
| 12. | Instandsetzung oder Sanierung der Straße "In der Lache"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2007 - | OBR/1229/2007 |
| 13. | Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte;
hier: Schreiben des Magistrats vom 26.07.2007 | |
| 14. | Mitteilungen und Anfragen | |
| 15. | Bürgerfragestunde | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ortsbeirates am 03.07.2007

Die Niederschrift des Ortsbeirates vom 03.07.2007 wird einstimmig beschlossen.

3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

- **Ortsvorsteher Euler** stellt fest, dass zu folgenden Punkten noch keine Antwort vorliegt:

10. Sitzung:

TOP 8. 1 „Hochwassersituation in Gießen-Allendorf, Antrag der FW-Fraktion vom 22.06.2007“ -

9. Sitzung - nicht öffentlicher Teil:

TOP 15 „Veräußerung städtischer Grundstücke an einen ortsansässigen Verein, Antrag des Ortsvorstehers vom 21.04.2007“

- **Ortsvorsteher Euler** stellt fest, **folgende Punkte sind durch Antwort des Magistrats erledigt:**

3. Sitzung:

TOP 5 „Sperrung des Weges entlang des Allendorfer Wäldchens für Kraftfahrzeuge, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006“

5. Sitzung:

TOP 4 „Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte in der Universitätsstadt Gießen, Antrag des Ortsvorstehers vom 24.09.2006“

9. Sitzung:

TOP 8 „Erhaltung der Fußgängerbehelfsbrücke auf Dauer, Antrag des Ortsvorstehers vom 12.04.2007“

TOP 9 „Wegeausbesserung, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2007“

TOP 10 „Einbau der behauenen Steine der alten Kleebachbrücke in den Bachlauf unterhalb des Wehres, Antrag der SPD-Fraktion von 27.04.2007“

10. Sitzung:

TOP 4 „Aussprache über die erfolgte Baustellenbesichtigung“

TOP 5 „Schäden in der Obergasse infolge des Baustellenschwerlastverkehrs, Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2007“

TOP 6 „Schattenspende für den Spielplatz ‚Krautgarten‘, Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2007“

TOP 7 „Wartung und Überprüfung der Unterflurhydranten im Stadtteil

Allendorf/Lahn, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2007"

TOP 8 „Einbau eines beweglichen Schiebers in das Stauwerk des Hochwasserdammes, Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007"

TOP 9 „Reparatur des Bodenbelages und bessere Ausleuchtung des Verbindungsweges am Ende der Straßen ‚Ehrsamer Weg‘, ‚Am Gallichten‘ und ‚Kleinlindener Straße‘, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2007"

TOP 10 „Spiegel an einer Einfahrt auf der Kreisstraße K 21, Antrag der FW-Fraktion vom 22.06.2007"

TOP 11 „Parkplatzsituation am Friedhof in Allendorf, Antrag der FW-Fraktion vom 22.06.2007"

4. Aussprache über die erfolgte Baustellenbesichtigung

Ortsvorsteher Euler erklärt folgendes zu Protokoll:

1. Gegenüber dem Haus Untergasse Nr. 41 ist durch Granitbordsteine ein Überweg angedeutet, er befindet sich kurz nach der Kurve und scheint daher gefährlich. Es muss sichergestellt sein, dass in diesem Bereich „nur“ Tempo 30 erlaubt ist.
2. Auf der linken Seite nach der Kleebachbrücke soll geprüft werden, ob durch eine kleine Betonmauer oder ähnliches ein gewisser Hochwasserschutz auch für das Anwesen Diehl (Untergasse 48) sichergestellt ist. Der dortige Weg zur Grünanlage droht bei Hochwasser zu unterspülen und weg zu brechen.
3. Es soll sichergestellt werden, wie vom Tiefbauamt zugesichert, dass ein Pegel in der Nähe der Kleebachbrücke angebracht wird.
4. Als bald sollen die Planungen hinsichtlich der Zukunft des Kleebachwehres in der Ortslage vorgelegt werden.

- 5. Geplante Sanierung Obergasse
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FW vom
14.08.2007 und Schreiben des Magistrats vom
20.06.2007 zum Beschluss des Ortsbeirates vom
20.03.2007 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2007
-**

OBR/1218/2007

Antrag:

In Kenntnis der Antwort des Magistrats vom 20.06.2007 auf eine entsprechende Anfrage des Ortsbeirates vom 20.03.2007 zum Thema „Straßensanierung Obergasse“ wird der Magistrat aufgefordert, die anstehende Sanierung der Obergasse zeitlich so

einzuplanen und zu realisieren, dass

1. die Anlieger nur einmal durch die Baumaßnahmen betroffen werden und dass
2. im Falle einer grundhaften Sanierung, diese wie in der Untergasse kostenoptimiert für die Anlieger durchgeführt wird.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, die Sanierung der Obergasse wie ursprünglich geplant in 2008 durchzuführen oder zumindest verbindlich in die Planung für 2009 einzustellen.

Im Übrigen wird der Magistrat um Auskunft gebeten, wie die Obergasse und die Friedhofstraße in der Straßenbeitragsatzung eingestuft sind.

Begründung:

Die in der Antwort des Magistrats vom 20.06.2007 vorgesehene stufenweise Sanierung kann nicht akzeptiert werden, weil hierdurch sowohl für die Anlieger als auch für die Stadt zu hohe Kosten anfallen. Es ist nicht einzusehen, warum in der Obergasse anders vorgegangen werden soll, wie bei der Sanierung der Untergasse, wo soweit möglich Dritte (SWG, MAB und andere) zur Finanzierung herangezogen werden, zumal die betroffenen Anlieger alle regelmäßig Gebühren für die Leistungen dieser Institutionen zahlen.

Eigentlich sollte es für eine bürgernahe Verwaltung selbstverständlich sein, dass man die Anlieger beim Sanierungsprojekt Obergasse nicht zeitverschoben über Jahre belästigt, sondern alle Arbeiten kostenoptimiert in einem Zug durchführt. Die vorgesehenen Kanalbauarbeiten für die Entwässerung des Rückhaltebeckens gegenüber dem Friedhof können bis dahin problemlos verschoben werden, da die Entwässerung (falls jemals notwendig) zunächst über eine Verlängerung des bereits angelegten Grabens in den derzeitigen Wassereinlass vorgenommen werden kann. Alle anderen Arbeiten, wie der Austausch von Wasserleitungen, sollten bis zum Beginn der grundhaften Sanierung nur in einem aktuellen Bedarfsfalle vorgenommen werden.

Ortsvorsteher Euler merkt zu Beginn der Aussprache an, dass sich der Ortsbeirat bereits in der letzten Sitzung mit dem Thema befasst habe. Es lag damals ein Antwortschreiben des Magistrats aufgrund eines Berichtsantrages vor und letztendlich sei dieser Bericht der Grund gewesen zu sagen, dass ein Antrag zur Beratung für die heutige Sitzung folgen werde.

In der Zwischenzeit habe sich auch eine Anliegergemeinschaft Obergasse gebildet, die erkannt habe, dass Handlungsbedarf bestehe und die Fraktionen von SPD und FW haben diesbezüglich einen Antrag vorgelegt.

Herr Blöcher trägt für die SPD-Fraktion den Antrag vor und begründet ihn.

Herr Becker, FW-Fraktion, **erweitert die Begründung (fett gedruckt) wie folgt:**

„Die in der Antwort des Magistrats vom 20.06.2007 vorgesehene stufenweise Sanierung kann nicht akzeptiert werden, weil hierdurch sowohl für die Anlieger als auch für die Stadt zu hohe Kosten anfallen. Es ist nicht einzusehen, warum in der Obergasse anders vorgegangen werden soll, wie bei der Sanierung der Untergasse,

wo soweit möglich Dritte (SWG, MAB und andere) zur Finanzierung herangezogen werden, zumal die betroffenen Anlieger alle regelmäßig Gebühren für die Leistungen dieser Institutionen zahlen.

Eigentlich sollte es für eine bürgernahe Verwaltung selbstverständlich sein, dass man die Anlieger beim Sanierungsprojekt Obergasse nicht zeitverschoben über Jahre belästigt, sondern alle Arbeiten kostenoptimiert in einem Zug durchführt. Die vorgesehenen Kanalbauarbeiten für die Entwässerung des Rückhaltebeckens gegenüber dem Friedhof können bis dahin problemlos verschoben werden, da die Entwässerung (falls jemals notwendig) zunächst über eine Verlängerung des bereits angelegten Grabens in den derzeitigen Wassereinlass vorgenommen werden kann. Alle anderen Arbeiten, wie der Austausch von Wasserleitungen, sollten bis zum Beginn der grundhaften Sanierung nur in einem aktuellen Bedarfsfalle vorgenommen werden.

Da der Magistrat gegenüber der Bürgerinitiative und der Presse bereits die Sanierung in einem Zug zugesagt hat, bittet der Ortsbeirat in dieser Angelegenheit noch einmal um die formale Bestätigung, dass die Arbeiten 2008 durchgeführt werden.“

Die Sitzung wird von 20:17 Uhr bis 20:32 Uhr unterbrochen, um den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zu geben, sich zu diesem Thema zu äußern.

Aufgrund gestellter Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger während der Sitzungsunterbrechung **wird der Magistrat gebeten, darüber hinaus folgende Fragen zu beantworten:**

1. *Welchen Umfang werden die geplanten Maßnahmen haben?*
2. *Wie werden die nicht bebauten Grundstücke im oberen, linken Teil (gerade Hausnummern) der Obergasse behandelt?*
 - a) *Wie wird insbesondere mit den Grundstücken umgegangen, die in städtischem Besitz sind?*
 - b) *Und wie werden landwirtschaftliche Flächen eingestuft?*
3. *Welche Termine sind vorgesehen?*
4. *Sind schon Kosten ermittelt? Welcher Anteil soll auf die Anlieger entfallen?*
5. *Wann findet eine Bürgerversammlung statt, in der die Stadtverwaltung die Kostensituation erläutert?*
6. *Liegt ein Gutachten vor, wenn ja, kann man dies einsehen?*

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Herr Becker, FW-Fraktion, übernimmt den Vorsitz.

6. **Einbau einer Heizung im Mehrzweckgebäude
- Antrag des Ortsvorstehers vom 17.08.2007 -**

OBR/1219/2007

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, in dem Mehrzweckgebäude am Fest-/Sportplatz eine Heizanlage einzubauen.

In diesem Zusammenhang soll folgendes geprüft werden:

- Kann ein Anschluss an die Heizanlage der Mehrzweckhalle erfolgen?
- Vor einigen Jahren hat die Vereinsgemeinschaft das Angebot unterbreitet, die notwendigen Bau- und Installationsarbeiten selbst durchzuführen, wenn die Stadt das Material stellt. Berechnungen und Pläne liegen bereits vor.

Begründung:

Die Vereinsvertreterversammlung der Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn hat am 28.06.2007 beschlossen, das Anliegen „Einbau einer Heizung im Mehrzweckgebäude“ an den Ortsbeirat heranzutragen. Ein entsprechendes Schreiben mit Auszügen aus dem bestehenden Nutzungsvertrages liegt vor. Die Vereinsgemeinschaft begründet dies wie folgt:

1. Gemäß § 5 Ziffer 2 des Nutzungsvertrages zwischen der Stadt Gießen und der VGA vom 2. Juli 1991 für das Mehrzweckgebäude am Fest-/Sportplatz ist die Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn für die Beheizung des Mehrzweckgebäudes verantwortlich.
2. Im gleichen Vertrag wurde festgelegt, dass die VGA für die Betriebskosten (Strom, Kanalbenutzungsgebühr und Brandversicherung- **Kosten für Wasserverbrauch müssen zusätzlich monatlich entrichtet werden**-) eine Monatliche Betriebskostenpauschale entrichten muss (derzeit 85,- € pro Monat).
3. Der Pflicht zur Beheizung kommt die VGA derzeit mit drei selbst beschafften Elektro-/Ölradiatoren nach. (Zwei Radiatoren zur Beheizung des Jugendraumes, ein Radiator um das Einfrieren der Wasserzuleitung zu verhindern). Darüber hinaus ist in den drei Toiletten noch je ein - ebenfalls selbst beschaffter - Frostwächter installiert, um im Winter das Einfrieren der Toiletten zu verhindern. Durch die kostenbedingte unregelmäßige Beheizung wird auch der Erhalt der Bausubstanz des Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen.
4. Da seitens der Stadt Gießen, sowie auch auf Landes- und Bundesebene große Anstrengungen zum Klimaschutz unternommen werden z. Bsp.: Wärmedämmung für Privatgebäude, Einführung des Gebäudepasses, Vermeidung von unnötigem Energieverbrauch (Energiesparleuchten für Glühbirnen, Standby-Geräteeinschaltungen vermeiden etc.) ist die VGA der Auffassung, dass der unnötigen Energieverschwendung auch im Mehrzweckgebäude Einhalt geboten werden muss.
5. Nicht nur wegen der steigenden Stromkosten und der damit verbundenen Mehrbelastung der VGA, muss man mit ansehen, wie im Mehrzweckgebäude ohne jegliche Wärmedämmung auf Kosten der VGA Energie sinnlos vergeudet und sozusagen „durchs Dach gejagt“ wird.
6. Außerdem liegen uns zahlreiche Beschwerden von Eltern vor, die es für unzumutbar halten, dass sich ihre Kinder bei Nutzung des Jugendraumes (bei kalter Witterung, Minusgraden etc. Kleiderwechsel wenn Mehrzweckhalle durch SHG gesperrt ist, bei

taktischen theoretische Schulungen, Weihnachtsfeiern usw. von Juniorenmannschaften - Alter zwischen 4 und 18 Jahren -) bei ungedämmten Türen Wänden, Raumdecken oder Dach in diesem Raum umziehen oder auf Dauer aufhalten, weil zwei Ölradiatoren gerade bei Minusgraden zur Beheizung des Raumes nicht ausreichen. Um Abhilfe zu schaffen müssten auf Kosten der VGA weitere Radiatoren angeschafft werden. Dies würde dann allerdings zum Kollaps des Stromnetzes im Mehrzweckgebäude führen und außerdem unnötig, unter großer Energieverschwendung, die Kostenpauschale für den Stromverbrauch weiter in die Höhe treiben.

7. Für die in Ziffer 6 geschilderten Zustände bieten wir allen, mit diesem Antrag befassten Stellen und Gremien einmal an, bei Minusgraden unter den gleichen Voraussetzungen im Jugendraum einmal eine Besprechung/Sitzung durchzuführen um sich selbst ein Bild über die unhaltbaren Zustände machen zu können.
8. Vor Einrichtung des Jugendraumes wurde der Antrag auf Einbau einer Heizung (Anschluss an die Heizanlage der Mehrzweckhalle) im Mehrzweckgebäude von Stadtrat Rausch abgelehnt. Die Stadt sollte dabei lediglich die Materialkosten tragen während die restlichen Arbeiten in Eigenleistung durch die VGA erledigt worden wären (ob die Bereitschaft bzw. die Anzahl von dem für die Arbeiten benötigten Fachpersonal für die Eigenleistung nach der seinerzeit „barschen“ Absage erneut vorhanden sein wird, ist fraglich). Entsprechende Berechnungen und Planungen für die Heizungsinstallation wurden von Seiten der VGA durchgeführt und könnten erneut bei Bedarf vorgelegt werden.
9. Die Begründung der damaligen Ablehnung der Heizung für das Mehrzweckgebäude lautete: „Keine Heizung damit keine Schwarzgastronomie stattfinden kann“. Diese Begründung kann und wird von der VGA nicht mehr akzeptiert werden. Denn am 10.06.2007 sagte der Hessische Innenminister Volker Bouffier bei der Einweihung des Rohbaues vom Vereinsheim des TSV Klein Linden: *„Jeder Verein braucht eine Heimat“ (Gießener Anzeiger vom 12.06.2007)*. Und in dem geplanten Vereinsheim des TSV Kleinlinden wird ein Bistro/eine Vereinsgaststätte akzeptiert. Trotz des in der Nähe befindlichen Bürgerhauses. Deshalb kann als Ablehnungsgrund „Befürchtungen wegen Schwarzgastronomie“ nicht mehr akzeptiert werden. Wir wollen hier nicht benachteiligt werden!
10. Die Vereinsarbeit in den Vereinen der VGA trägt besonders im Jugendbereich zum Erlernen von Disziplin, Einordnung in einer Gemeinschaft und damit verbundenem sozialen Verhalten bei. Außerdem werden die Jugendlichen zu umweltbewusstem Verhalten angehalten (Müllvermeidung - Entsorgung, Energiesparmassnahmen-Lichter nicht unnötig brennen lassen, bei kalter Witterung Türen-Fenster geschlossen halten usw.). Dies fällt jedoch Angesichts der Energieverschwendung im ungedämmten Mehrzweckgebäude zunehmend schwerer weil auch die jungen Leute, ab einem gewissen Alter, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit erkennen.
11. Abschließend noch die aus unserer Sicht durchaus nachvollziehbaren Worte von Oberbürgermeister Haumann anlässlich der in Ziffer 9 geschilderten Einweihungsfeier des TSV Kleinlinden am 10.06.2007: Mit ihm sei das nicht zu machen, betonte er, Sportvereine würden weiterhin unterstützt. Diese Unterstützung sei ihm wichtiger, als später "Reparaturzahlungen" im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe zu leisten, so Haumann weiter. (Gießener Anzeiger vom 12.06.2007). Der Oberbürgermeister sprach eine Prüfungsbemerkung des Hessischen Rechnungshofs zur Vereinsförderung der Stadt Gießen an, wonach die Reduzierung der Zuschüsse an Vereine zum Ausdruck gebracht wird. Dies dürfte sinngemäß auch für alle achtzehn Vereine der VGA gelten die Jugendarbeit betreiben.

Als Ortsvorsteher unterstütze ich selbstverständlich das berechtigte Anliegen der

Allendorfer Vereinsgemeinschaft und teile auch die Begründung. Wenn die Stadt Gießen an einer Bauerhaltung und auch an einer vernünftigen Vereins- und vor allem an einer vernünftigen Jugendarbeit interessiert ist, sollte Sie dem Anliegen zustimmen. Auch werden ausdrücklich die o. g. Zitate des Hessischen Ministers des Innern und für Sport und des Gießener Oberbürgermeisters von mir geteilt. Dies sollten jedoch keine Sonntagsreden sein, denn auch die Allendorfer Vereinswelt braucht dringend Unterstützung. Mit Blick auf den Nachbarstadtteil Lützellinden, der nicht missgünstig, sondern eher neidvoll zu verstehen ist, ist zu erkennen, dass seinerzeit für viele Lützellindener Vereine Vereinsräume geschaffen oder zur Verfügung gestellt wurden (im Verwaltungsgebäude, im Bullenstall, im Backhaus) und die Diskussion um die Nachfolgenutzung vorhandener Räume, die durch den Neubau des Feuerwehrgerätehauses frei werden, ist auch schon entbrannt. Im Stadtteil Allendorf/Lahn hingegen sieht die Realität anders aus: Beispielsweise muss der Karnevalsvereins seine Räumlichkeiten privat anmieten und sogar für Proben die Bühne und die Mehrzweckhalle kostenpflichtig anmieten, Jugendbesprechungen des TSV im Mehrzweckgebäude finden im Kalten statt. Allendorf/Lahn hat trotzdem eine funktionierende Vereinsgemeinschaft, die auch sehr viel gibt. Nahezu alle Vereine sind gemeinnützig tätig und schaffen Kultur, Volksgesundheit und bieten eine Heimat. Dies alles kommt auch der Stadt zugute.

Herr Euler trägt den Antrag vor und begründet ihn. Er merkt u. a. an, dass seinem Antrag ein Beschluss der Vereinsgemeinschaft Allendorf zu Grunde liegt, die ihren Wunsch an den Ortsbeirat herangetragen habe.

Herr Heller, FW-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus, kritisiert jedoch die Begründung. Er ist der Meinung, man solle den direkten Vergleich mit den Nachbarorten Kleinlinden und Lützellinden unterlassen.

Herr Schreiber, CDU-Fraktion, schließt sich der Aussage von Herrn Heller an und schlägt die Form eines Prüfantrages vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

7. Stellungnahme zum geplanten Schnellstraßenanschluss an die Bundesstraße B 49 **OBR/1222/2007**
- Antrag des Ortsvorstehers vom 02.09.2007 -

Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn wehrt sich nicht grundsätzlich gegen einen Schnellstraßenanschluss an die Bundesstraße B 49, sondern lehnt nach wie vor eine Realisierung eines solchen auf der Basis der so genannten „Variante E“ ab.

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland auf die Deutsche Bahn Einfluss zu nehmen mit dem Ziel, auch für Alternativvarianten, die in den Bahnkörper eingreifen, offen zu sein.

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, den Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn über den Stand des Verfahrens vor dem Hintergrund der neuerlichen Aktivitäten des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen zu informieren.

Begründung:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn stand einem Schnellstraßenanschluss an die Bundesstraße B 49 grundsätzlich stets positiv gegenüber. Seit Bekannt werden der Planungsalternative mit der Bezeichnung „Variante E“ aber wehrt sich der Ortsbeirat gegen diese wegen deren negativen Auswirkungen für den Stadtteil. Die vorgebrachten Argumente gegen die „Variante E“ (*verkehrsmäßige Entlastung in Kleinlinden, Heuchelheim und Kleinlinden bei gleichzeitiger enormer Mehrbelastung von Allendorf/Lahn, weitere Einengung des Retentionsraumes des zu Hochwasser neigenden Kleebaches, unverhältnismäßig große Dammaufschüttung und unverhältnismäßig hohes Brückenbauwerk mit entsprechender Lärmentwicklung für die Ortslage Allendorf/Lahn, Gefährdung des Allendorfer Wäldchens, enge Kurven und Auffahrten in großer Höhe, etc.*) werden als bekannt vorausgesetzt.

In seinen Beschlüssen vom 27.03.1991, 25.09.1991, 19.02.1992, 29.09.1993, 01.02.1995, 27.09.1995, 19.06.1996, 10.02.1999, 27.10.1999, 12.01.2000, 20.06.2001 und vom 22.08.2001 unterstreicht der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn seinen Widerstand gegen die „Variante E“, zeigt aber auch seine Kompromissbereitschaft zugunsten von Alternativvarianten, die nicht so stark in Natur und Landschaft eingreifen und alle umliegenden Ortschaften - im Gegensatz zur „Variante E“ auch die Ortslage von Allendorf/Lahn - entlasten (bzw. zumindest nicht mehr belasten).

Es gibt einige Alternativvarianten, nicht zuletzt die von der Fachhochschule Gießen/Friedberg entwickelten, die sehr viel weniger stark in Natur und Landschaft eingreifen und keine Verkehrsverlagerung zur Folge haben. So existieren es auch Pläne, die unten liegende Bahnstrecke zu verlegen, damit mit wenig Aufwand ein einfacher Schnellstraßenanschluss möglich ist. Hier hat sich aber die Deutsche Bahn in der Vergangenheit geweigert.

Seit Aufstellen der Planungs-„Variante E“ im Jahr 1991, aber auch seit Beendigung des Anhörungsverfahrens im Jahr 2002, haben sich einige Veränderungen ergeben, denen dringend Rechnung getragen werden muss:

1. der durch die deutsche Einheit bedingte Ost-West-Verkehr der 90-er Jahre hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen
2. der demographischen Faktor muss dringend berücksichtigt werden; durch die deutliche Abnahme der Bevölkerung Ost Hessens, Thüringens, Brandenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts werden auch die Ost-West-Verkehre weiterhin nachlassen
3. durch die Klimaveränderung gibt es seit wenigen Jahren immer häufiger örtliche Unwetter mit Starkregen. Mit Jahrhundert-Unwettern ist mittlerweile nahezu in jedem Jahr zu rechnen. In diesem Zusammenhang sollten Retentionsräume von Gewässern erweitert und nicht - wie bei der enormen Dammaufschüttung der „Variante E“ vorgesehen - eingeengt werden.

Herr Euler trägt den Antrag vor und begründet ihn. In der Begründung seines Antrages macht er deutlich, dass sich der Ortsbeirat nicht grundsätzlich gegen einen Schnellstraßenanschluss an die B 49 wehrt, er lehnt aber nach wie vor die Realisierung eines Anschlusses auf der Basis der „Variante E“ ab.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Herr Euler, SPD-Fraktion, übernimmt den Vorsitz.

8. Bepflanzung der kleinen Grünanlage Ecke Kleinlindener Straße/Ehrsamer Weg OBR/1220/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, die kleine Grünanlage an der Ecke Kleinlindener Straße/Ehrsamer Weg (Vor dem ev. Pfarrhaus) neu zu bepflanzen. Ggf. könnte hier ein Baum gepflanzt werden, der künftig in der Vorweihnachtszeit mit der Weihnachtsbeleuchtung versehen wird.

Begründung:

Die kleine Grünanlage an der Ecke Kleinlindener Straße/Ehrsamer Weg war früher mit Büschen, später mit einem Blumenbeet bepflanzt. Zur Zeit hat sich daraus ein recht unansehnlicher Platz entwickelt, der deshalb so negativ ins Auge fällt, weil sich baustellenbedingt die Endhaltestelle der Linie 1 genau gegenüber befindet. Es wäre schön, wenn in dieser Grünanlage wieder eine ansprechende Bepflanzung vorgesehen wird. Beispielsweise könnte dort ein Baum gepflanzt werden, weil in der Grünanlage „am Rondell“ seinerzeit der für die Weihnachtsbeleuchtung genutzte Nadelbaum beseitigt und bislang noch kein Ersatz gefunden wurde.

Herr Blöcher trägt für die SPD-Fraktion den Antrag vor und begründet ihn kurz.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

9. Ersatz der restlichen Bodendecker am Parkplatz der Mehrzweckhalle durch Rasenflächen OBR/1221/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, auch die restlichen Bodendecker der kleinen Grünflächen am Parkplatz vor der Mehrzweckhalle nach Beendigung der Baumaßnahme durch pflegeleichte Rasenflächen zu ersetzen. Das gilt auch für den städtischen Grünstreifen entlang der Straße „In der Lache“.

Begründung:

Die kleinen Grünflächen bei dem Parkplatz vor der Mehrzweckhalle waren vor einigen Jahren noch komplett mit Bodendeckerpflanzen bepflanzt. Darin befand sich häufig Müll und man konnte diese Flächen nur sehr schwer pflegen. Als dann auf Initiative des Ortsbeirates hin teilweise die Bodendeckerbepflanzung durch pflegeleichte Rasenflächen ersetzt wurden, ist ein sehr viel ordentlicheres Ortsbild entstanden. Mit diesem positiven Erfahren sollten nun auch die verbleibenden Flächen zu Rasenflächen, ggf. mit Bäumen oder Büschen, umgewandelt werden.

Die Straße „In der Lache“ wurde baustellenbedingt sehr in Mitleidenschaft gezogen. Nach der Wiederherstellung der Straßenoberfläche sollte auch eine pflegeleichte Lösung für den parallel laufenden schmalen Grünstreifen gefunden werden, vielleicht eben auch eine Umgestaltung zur Rasenfläche.

Für die SPD-Fraktion trägt **Herr Wagner** den Antrag vor und begründet ihn kurz.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. Beibehaltung Schieber am Wasserdurchlass des Hochwasserdammes
- Antrag der FW-Fraktion vom 11.09.2007 -**

OBR/1227/2007

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich beim Wasserverband Kleebachtal und beim Regierungspräsident dafür einzusetzen, dass der während der Bauphase der Kleebachbrücke angebrachte provisorische Schieber im Wasserdurchlass des Hochwasserstaubeckens bis auf weiteres dort verbleibt und so ausgestattet wird, dass er in einer Hochwassersituation flexibel abgesenkt und hochgezogen werden.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten sich dafür einzusetzen, solange keine andere bessere Lösung in Sicht ist, dass dieser Schieber im Hochwasserfall durch ein in einem Alarmplan festzulegendes Verantwortlichen so betätigt wird, dass der Wasserspiegel des Kleebachs hinter dem Staudamm in Richtung Dorf nicht so hoch ansteigt, dass der Bach über seine Ufer tritt und Grundstücke, Keller und Wohnungen überschwemmt. Bei der Erstellung des neuen Alarmplanes sollte der Ortsbeirat unbedingt beteiligt werden.

Begründung:

Die drei Hochwasser der letzten Monate, die durch den Brückenbau verursacht waren, hatten ihre Ursache darin, dass der Wasserspiegel des Kleebaches bedingt durch die Baustelle so hoch anstieg, dass es zu den bekannten Überschwemmungen kam. Die für einen solchen Fall als Absicherung gedachten hölzernen Schutzwände, Froschklappen und der hinter dem eigentlichen Damm liegende kleinere Sicherungsdamm konnten dies nicht verhindern. Das Wasserniveau des Kleebachs stellte sich mit zu vernachlässigendem Zeitverzug auf den Grundstücken und in den Gebäuden links in Fließrichtung des Baches ein. Keller und Gärten auf der rechten Seite in Richtung Fließrichtung waren noch früher überschwemmt. Alle drei Hochwassersituationen hätten bei einer vernünftigen Schiebersteuerung verhindert werden können, zumal das

eigentliche Rückhaltebecken kaum gefüllt war und die Becken im Oberlauf des Kleebaches nicht aufstauten.

In dieser Situation hat sich in der Praxis eindeutig dokumentiert, dass das Niveau des Wasserspiegels im Kleebach hinter dem Wasserdurchlass des Rückhaltebeckens für die Überschwemmungen verantwortlich ist. **Auch nach Fertigstellung der neuen Kleebachbrücke ist wieder mit gefährlichen Hochwassersituationen (wie z. B. Anfang Januar 2003) zu rechnen.**

Aufgrund der vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 10.08.2007 zu dem Antrag des Ortsbeirates vom 30.07.2007 ist nicht kurzfristig mit einer Lösung der bekannten Hochwasserproblematik zu rechnen, da sowohl der Wasserverband Kleebachtal und sicher auch der Regierungspräsident weitere ingenieurtechnische Untersuchungen anstellen müssen. Laut einer Aussage des zuständigen Dezernatsleiters beim Regierungspräsident kann vor 2009 nicht mit einer anderen besseren Regelung gerechnet werden.

Insofern sollte bis dahin unbedingt zunächst der derzeit eingebaute Schieber durch entsprechende Technik so ergänzt werden, dass er im Hochwasserfall beweglich gehandhabt werden kann. Unterlegt durch einen frühzeitig greifenden Alarmplan sollte die flexible Regulierung mit dem Schieber so vorgenommen werden, dass der Kleebach hinter dem Damm in Richtung Dorf nicht über die Ufer tritt. Maßstab für die vorzunehmende Regulierung am Dammdurchfluss sollte auf jeden Fall der Pegel an der neuen Kleebachbrücke sein, der laut Tiefbauamt wieder angebracht wird.

Herr Becker trägt den Antrag für die FW-Fraktion vor und begründet ihn. Er führt u. a. aus, dass die drei Hochwasser der jüngsten Vergangenheit, verursacht durch die Arbeiten an der Kleebachbrücke, ihre Ursache im erhöhten Wasserspiegel des Kleebachs hatten. Er schlägt vor, den als Provisorium eingebauten Schieber im Wasserdurchlass des Hochwasserstaubeckens so auszustatten, dass er bei Hochwasser abgesenkt und hochgezogen werden kann.

Ortsvorsteher Euler regt an, den Antrag wie folgt zu ergänzen:

„Der Ortsbeirat hält an seinen Beschlüssen vom 03.07.2007 fest hinsichtlich der grundsätzlichen Regulierbarkeit des Schiebers bzw. des Wasserdurchlasses fest.

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich beim Wasserverband Kleebachtal und beim Regierungspräsident dafür einzusetzen, dass der während der Bauphase der Kleebachbrücke angebrachte provisorische Schieber im Wasserdurchlass des Hochwasserstaubeckens bis auf weiteres dort verbleibt und so ausgestattet wird, dass er in einer Hochwassersituation flexibel abgesenkt und hochgezogen werden.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten sich dafür einzusetzen, solange keine andere bessere Lösung in Sicht ist, dass dieser Schieber im Hochwasserfall durch ein in einem Alarmplan festzulegendes Verantwortlichen so betätigt wird, dass der Wasserspiegel des Kleebachs hinter dem Staudamm in Richtung Dorf nicht so hoch ansteigt, dass der Bach über seine Ufer tritt und Grundstücke, Keller und Wohnungen überschwemmt. Bei

der Erstellung des neuen Alarmplanes sollte der Ortsbeirat unbedingt beteiligt werden.“

Herr Becker erklärt für die FW-Fraktion, dass sie die vorgeschlagene Änderung übernehmen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**11. Prüfung einer besser an den Bedarf angepassten
Bereitstellung von Beförderungskapazitäten im
Stadtbusverkehr der Linie 1
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2007 -**

OBR/1228/2007

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, an die Stadtwerke Gießen mit der Bitte um Prüfung heranzutreten, ob die Stadtbusse der Linie 1 in den Morgenstunden (ca. 6:30 bis 7:30 Uhr) und mittags (ca. 12:30 bis 13:30 Uhr) mit einer bedarfsgerechteren Beförderungskapazität ausgestattet werden können.

Begründung:

Im Zeitraum von ca. 6:30 bis 7:30 Uhr ist im Stadtbusverkehr der Linie 1 von Allendorf in die Innenstadt eine sehr starke Nutzung der Buslinie durch Schüler, Studenten und Berufstätige zu verzeichnen. In der Regel werden von den Stadtwerken in dieser Zeit normale Busse eingesetzt, die stets sehr voll, teilweise sogar überfüllt sind. Dadurch kommt es durchaus vor, dass nicht alle Fahrgäste mitfahren können und auf den nächsten Bus warten müssen.

Andererseits fahren oft in Zeiten, in denen auf dieser Linie ein nicht so großer Bedarf herrscht, Gelenkbusse mit deutlich größerer Kapazität, die aber nicht notwendig ist, da diese Busse nicht selten weitgehend leer bleiben. Daher sollte Abhilfe geschaffen werden durch den Einsatz von Gelenkbussen in den Hauptnutzungszeiten oder durch den Einsatz von Entlastungsbussen. Eine ähnliche Situation ist in der Mittags- bzw. frühen Nachmittagszeit festzustellen, wenn die Schüler wieder nach Hause fahren. Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Herr Schreiber, CDU-Fraktion, trägt den Antrag vor.

Herr Wagner, SPD-Fraktion, teilt mit, dass ein Antrag seiner Fraktion mit derselben Intention in der vergangenen Legislaturperiode einstimmig beschlossen, vom Magistrat aber abgelehnt wurde. Er hofft, dass sich vielleicht jetzt etwas bewegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**12. Instandsetzung oder Sanierung der Straße "In der Lache" OBR/1229/2007
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, die Straße „In der Lache“, die durch die Sanierungsmaßnahmen in der Untergasse durch Baustellen- und Umleitungsverkehr sehr stark belastet wurde, wieder in den ursprünglichen Zustand versetzen zu lassen oder - falls erforderlich - grundhaft sanieren zu lassen.

Begründung:

Durch das hohe Verkehrsaufkommen auf der Straße „In der Lache“ - entlang des Kleebach-Mühlgrabens bzw. des Fest- und Sportplatzgeländes - welches durch die Umleitungen und Baumaßnahmen während der Bauarbeiten in der Untergasse entstanden ist, ist diese Straße sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Wird hier nach Beendigung der Baumaßnahmen in der Untergasse keine ordentliche Wiederherstellung realisiert, so bestehen künftig - auch bei wieder geringer Nutzungsintensität - erhebliche Gefahren für Fahrzeuge, Fahrradfahrer/-innen und Fußgänger/-innen.

Der Antrag wird von **Herrn Schreiber** vorgetragen und kurz begründet.

Herr Blöcher, SPD-Fraktion, regt an, den Passus „grundhafte Sanierung“ aus dem Antrag zu streichen.

Herr Heller, FW-Fraktion, merkt an, auch der Platz um die Mehrzweckhalle sei sehr stark in Anspruch genommen worden. ER spricht sich für eine Erweiterung des Antrages aus.

Die Anregungen werden von **Herrn Schreiber** übernommen, **so dass der Antrag somit nun wie folgt lautet:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, die Straße „In der Lache“ **und den Platz um die Mehrzweckhalle**, die durch die Sanierungsmaßnahmen in der Untergasse durch Baustellen- und Umleitungsverkehr sehr stark belastet wurden, wieder in den **ordnungsgemäßen** Zustand **zu** versetzen.“*

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**13. Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte;
hier: Schreiben des Magistrats vom 26.07.2007**

Zu Beginn der Aussprache merkt **Ortsvorsteher Euler** an, dass die seit 01.08.2007 verbindlich geltenden Rechtschreibregeln beim Entwurf der „neuen“ Geschäftsordnung nicht berücksichtigt wurden.

Dieser Auffassung schließen sich die restlichen Mitglieder des Ortsbeirates einvernehmlich an und bitten diesbezüglich um Überarbeitung.

Folgende Änderungswünsche werden zu Protokoll gegeben:

- **§ 1 Rechte und Pflichten der Ortsbeiräte (3):**

Ortsvorsteher Euler beantragt, den Absatz wie folgt zu ändern:

*„Die Ortsbeiräte können zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen, dem Magistrat Vorschläge unterbreiten. **Bei Grundstücksan- bzw. -verkäufen im Stadtteil ist der Ortsbeirat ebenfalls zu hören.**“*

Der Änderungsantrag wird einstimmig beschlossen.

- **§ 1 Rechte und Pflichten der Ortsbeiräte (4):**

Herr Becker, FW-Fraktion, beantragt, den Absatz wie folgt zu ergänzen:

*„Die Ortsbeiräte nehmen Stellung zu den Fragen, die ihnen von der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat vorgelegt werden. Die Ortsbeiräte sind zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, zu hören, insbesondere zum Entwurf des Haushaltsplans. **Sie haben ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen.**“*

Der Änderungsantrag wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD/FW; StE: CDU).

- **§ 7 Einberufung (2):**

Ortsvorsteher Euler beantragt, den Absatz wie folgt zu ergänzen:

*„Der Ortsbeirat wählt in seiner ersten Sitzung nach der Wahl aus seiner Mitte den Ortsvorstand **und den stellvertretenden Ortsvorstand.**“*

Er begründet dies damit, dass an anderer Stelle sowohl vom „Ortsvorstand“ als auch vom „stellvertretenden Ortsvorstand“ die Rede ist.

Der Änderungsantrag wird einstimmig beschlossen.

- **§ 12 Anträge (2):**

Ortsvorsteher Euler beantragt, den Absatz wie folgt zu ändern:

*„Anträge sind dem Ortsvorstand schriftlich oder in Textform einzureichen. Sie sollen eine Begründung enthalten. Abgabetermin für die Anträge ist **eine** Woche vor dem nächsten geplanten Sitzungstermin.“*

Der Änderungsantrag wird einstimmig beschlossen.

Zu § 2 Pflichten der Mitglieder (1) fragt **Ortsvorsteher Euler**, ob mit dem Begriff „Arbeiten“ die Teilnahme an den Sitzungen gemeint sei.

Des Weiteren begrüßt **Ortsvorsteher Euler** die Aufnahme des Punktes (2) unter § 16 Zusammenarbeit mit dem Magistrat, **der wie folgt lautet:**

„Der Magistrat ist verpflichtet, Vorschläge der Ortsbeiräte zeitnah, außer in begründeten Ausnahmefällen bis zur übernächsten Sitzungsrunde, schriftlich zu beantworten.“

Abschließend stellt **Ortsvorsteher Euler** fest, dass der Ortsbeirat zum Entwurf der Geschäftsordnung gehört wurde und er um Einarbeitung der beschlossenen Änderungswünsche bittet.

14. **Mitteilungen und Anfragen**

- **Sperrung des Rasenplatzes**

Ortsvorsteher Euler informiert, dass am vergangenen Sonntag ein sehr gut besuchtes Derby-Fußballspiel des TSV Allendorf gegen TSV Kleinlinden auf dem Hartplatz stattfinden musste, weil der Rasenplatz gesperrt gewesen sei. Der staubige Hartplatz konnte nicht bewässert werden, weil ansonsten der Wasserdruck in der Mehrzweckhalle abgefallen wäre. Spontan haben er und Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich zusammen mit Herrn Stadtrat Fritz am Sonntagmorgen eine Besichtigung des Rasenplatzes vorgenommen, um festzustellen, ob der Platz nicht doch bespielt werden könne. Der Platz sah auf den ersten Blick gut aus, aber es gibt keine Tiefverwurzelung des Rasens in den tieferen Untergrund. Das war auch wohl der Grund wieso das Gartenamt verfügt habe, dass der Platz gesperrt werde. Warum ist keine Tiefverwurzelung vorhanden, weil zu viel Sand vom Gartenamt auf den Rasen aufgetragen wurde.

Vermutlich liegt ein Kommunikationsproblem zwischen den Ämtern und dem Verein und der Fußballabteilung vor und deshalb sei verabredet worden, dass Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich alle Beteiligten (Kreisfußballwart, Vorsitzender des TSV Allendorf/Lahn, Fußballspartenleiter, Mitarbeiter des Garten- und Sportamtes, Ortsvorsteher und Bürgermeisterin) zu einem Gespräch einladen wird.

- **Stellungnahmen des Magistrats auf Anträge/Anregungen des Ortsbeirates**

- **Sperrung des Weges entlang des Allendörfer Wäldchens für Kraftfahrzeuge**, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2007, OBR/0204/2006; Schreiben des Magistrats vom 07.08.2007

- **Erhaltung der Fußgängerbehelfsbrücke auf Dauer**, Antrag des Ortsvorstehers vom 12.04.2007, OBR/0972/2007;
Schreiben des Magistrats vom 07.08.2007
- **Wegeausbesserung**, Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 25.04.2007, OBR/0973/2007;
Schreiben des Magistrats vom 07.08.2007
- **Sanierung des Strommastes an der Gemarkungsgrenze Allendorf/Lahn - Lützelinden - Kleinlinden (am Ende der Kleinlindener Straße)**, Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2007, OBR/0907/2007;
Schreiben des Magistrats vom 07.08.2007
- **Aussprache über die erfolgte Baustellenbesichtigung**, Anfragen in der 10. Sitzung des Ortsbeirates am 03.07.2007, TOP 4;
Schreiben des Magistrats vom 30.08.2007
- **Einbau eines beweglichen Schiebers in das Stauwerk des Hochwasserdammes**, Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007, OBR/1075/2007;
Schreiben des Magistrats vom 08.08.2007
Ortsvorsteher Euler fragt in diesem Zusammenhang nach, wann mit der Antwort zu rechnen ist und bittet bei vorliegender Antwort, den Ortsbeirat zeitnah zu informieren.

Herr Becker, FW-Fraktion, bittet um Erledigung des Tagesordnungspunktes 8.2 der gleichen Sitzung (TOP 8.2).
- **Schäden in der Obergasse infolge des Baustellenverkehrs**, Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2007, OBR/1072/2007;
Schreiben des Magistrats vom 30.08.2007
- **Schattenspender für den Spielplatz „Krautgarten“**, Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2007, OBR/1073/2007;
Schreiben des Magistrats vom 29.08.2007
- **Wartung und Überprüfung der Unterflurhydranten im Stadtteil Allendorf/Lahn**, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2007, OBR/1074/2007;
Schreiben des Magistrats vom 30.08.2007
- **Reparatur des Bodenbelages und bessere Ausleuchtung des Verbindungsweges am Ende der Straße „Ehrsamer Weg“, „Am Gallichten“ und „Kleinlindener Straße“**, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2007,

OBR/1076/2007;

Schreiben des Magistrats vom 09.08.2007

- **Spiegel an einer Einfahrt auf der Kreisstraße K 21**, Antrag der FW-Fraktion vom 22.06.2007, OBR/1078/2007;
Schreiben des Magistrats vom 09.08.2007
- **Parkplatzsituation am Friedhof Allendorf**, Antrag der FW-Fraktion vom 22.06.2007, OBR/1079/2007;
Schreiben des Magistrats vom 29.08.2007
- **Einbau der behauenen Steine der alten Kleebachbrücke in den Bachlauf unterhalb des Wehres**, Antrag der SPD-Fraktion vom 27.04.2007, OBR/0975/2007;
Schreiben des Magistrats vom 29.08.2007
- **Kanaldeckelabsenkung „Im Kleefeld“**, Hinweis eines Bürgers in der 10. Sitzung des Ortsbeirates am 03.07.2007, TOP 13;
Schreiben des Magistrats vom 08.08.2007
- **In der Gemarkung frei laufende Hunde**, Bitte von Herrn Becker in der 9. Sitzung am 08.05.2007 zur Stellungnahme des Magistrats vom 27.04.2007, OBR/0874/2007;
Schreiben des Magistrats vom 13.07.2007
- **Ortsvorsteher Euler** weist auf das gelungene Baustellenfest hin, dass die Anwohner der Untergasse für die Mitarbeiter der Baufirmen organisiert hatten. Diese revanchieren sich Morgen mit einem kleinen Fest bei den Anliegern, es gibt u. a. original Thüringer Würstchen.
- Weiter informiert **Ortsvorsteher Euler**, dass der Ortsbeirat Kleinlinden am 29.08.2007 einen Beschluss zum Thema Kreisverkehr beschlossen habe. Inhalt des Antrages sei gewesen, Einrichtung zweier Kreisverkehre an der Kreuzung Allendorf/Kleinlinden/Lützellinden (REWE) und an der B 3 (Frankfurter Straße). Durch Änderungsantrag der FDP-Fraktion sei der Kreisverkehr am REWE-Markt gestrichen worden, so dass nur noch die Forderung nach einem Kreisverkehr an der B 3 Bestand habe. Er sei nun als Ortsvorsteher gebeten worden, ein Hearing zu diesem Thema mit zu organisieren. Jedoch werde er dem Ortsvorsteher von Kleinlinden mitteilen, dass das Interesse von Allendorf an einem Kreisverkehr an der B 3 eher gering sei und er sich aus dem Thema wahrscheinlich heraushalten werde.
- **Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass eine Einladung der Stadt Allendorf an der Eder zur 900 Jahrfeier vorlag. Es wurden alle Städte/Gemeinden namens

Allendorf eingeladen, er und sein Stellvertreter, Herr Becker, konnten leider nicht an der Feier teilnehmen. Er habe jedoch ein entsprechendes Schreiben und Unterlagen über Allendorf/Lahn (u. a. das Buch über die 1200 Jahrfeier) der Stadt Allendorf/Eder zugesandt und sich für die Einladung bedankt, auch im Auftrag des Oberbürgermeisters.

- **Ortsvorsteher Euler** weist auf die von der Stadt herausgegebene Wahlanalyse der Kommunalwahl 2006 hin. Er lobt die vom Wahlamt messerscharfe Analyse der Kommunalwahl 2006 und bittet, jeder Fraktion im Ortsbeirat eine Printausgabe dieser Analyse zukommen zu lassen.
- Zum leidigen Thema „Wilde Müllablagerungen“ überreicht **Herr Becker**, FW-Fraktion, Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich aktuelle Fotos (25.09.2007) des Grundstücks und merkt an, dass dort wieder Müll verbrannt werde und Müll angehäuft worden sei. Die Fotos werden auch der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt eine umgehende Prüfung zu.

- **Ortsvorsteher Euler** merkt an, dass die dem Ortsbeirat für Frühjahr 2007 zugesagte Berichterstattung über die Nachfolgenutzung der Kreismülldeponie nun voraussichtlich in der Dezembersitzung vorgestellt werde.

15. Bürgerfragestunde

- **Herr Hans Viehmann** beschwert sich darüber, dass die Fußballspiele am vergangenen Wochenende auf dem Hartplatz stattfinden mussten. Insbesondere kann er nicht verstehen, dass anlässlich der stattgefundenen Besichtigung keine Entscheidung durch die Bürgermeisterin getroffen wurde. Weiter hat er kein Verständnis dafür, dass seinerzeit bei der Anlegung des Hartplatzes versäumt wurde, eine ausreichend dimensionierte Wasserleitung zu verlegen, die es zulasse, den Hartplatz jederzeit zu berieseln.
- **Herr Detlef Klaus** teilt mit, dass Grundstücke in der Straßen „Aubach“ und „Untergasse“ bei insgesamt drei Hochwassern überflutet wurden, während bei den ersten beiden Hochwasser der Baustellendamm noch eingerissen wurde, hatte das Tiefbauamt am 22.08.2007 beim letzten Hochwasser entschieden, den Damm beizubehalten. Bei ihm ist der Eindruck entstanden, der Damm wurde aus dem Grunde nicht eingerissen, um Kosten für die Stadt zu sparen. Er fragt, wann mit einer Antwort auf ein Schreiben zu rechnen sei, welches die Anwohner an die Stadt Gießen bereits versandt haben. Weiter möchte er wissen, wann der Baustellendamm eingerissen wird und was passiert, wenn abermals ein Hochwasser während der Bauphase kommt.

Herr Becker, FW-Fraktion, merkt hierzu an, dass seines Erachtens beim zweiten und dritten Hochwasser grobfahrlässig gehandelt wurde, da der Zufluss 13 m³ pro Sekunde und der Abfluss lediglich 9 m³ pro Sekunde betrug. Der Damm sei viel zu spät und beim dritten Hochwasser gar nicht mehr eingerissen worden.

Weiter weist **Herr Becker** auf sein Schreiben vom 29.08.2007 in Sachen Hochwasserschutz hin und fragt Bürgermeisterin Weigel-Greilich, ob denn etwas an seinem Schreiben falsch sei.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, er habe in seinem Schreiben heftige Vorwürfe gegen einzelne Mitarbeiter des Amtes erhoben und er erhalte heute keine mündliche Antwort. Er müsse warten, bis ihm eine schriftliche Stellungnahme des Magistrats zugehe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **Dienstag, 11.12.2007, um 20:00 Uhr** statt.

Antragsschluss bei dem Ortsvorsteher ist Sonntag, 02.12.2007, 08:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Euler

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode